

Haushaltsrede 2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Ratskolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

gestatten Sie mir im Rahmen dieser Haushaltsrede aus der Sicht der CDU-Fraktion einige Bemerkungen zur Lage der Stadt Telgte in ihrem 775-jährigen Jubiläumsjahr.

Der Bürgermeister hat einen HH-Entwurf vorgelegt, der eine Neuverschuldung der Stadt in Rekordhöhe ausweist, die in der Geschichte der Stadt wohl ihresgleichen suchen dürfte und er beschreibt ein Defizit im Millionenbereich zwischen Einnahmen und Ausgaben im Ergebnisplan, welches nur durch den buchhalterischen Kunstgriff der fiktiven Ausgleichsrücklage zu einer Genehmigungsfähigkeit durch die Kommunalaufsicht des Kreises führen wird. Am Endergebnis allerdings besteht kein Zweifel: Der Eigenkapitalverzehr der Stadt schreitet unaufhaltsam voran.

Telgte ist in seiner finanziellen Eigenständigkeit keine Insel, sondern eingebunden in ein schwer durchschaubares Geflecht von Bedingungen und Abhängigkeiten.

Wesentliche Teile dieser Abhängigkeiten beschreibt das Land NRW durch das Gemeindefinanzierungsgesetz. Und die hier getroffenen Festsetzungen lassen unserer Stadt wenig Spielraum.

Hinter sperrigen und unverständlichen Begriffen wie Steuerkraftmesszahl, Sozillastenansatz, Einwohnerveredelung oder Flächenansatz verbergen sich Regelungen mit weitreichenden Folgen für die Stadtkasse.

In ihrem Ergebnis verringern diese Regelungen die Schlüsselzuweisungen des Landes für 2013 um 2.5 Mio. € auf null und erhöhen im Gegenzug die an den Kreis abzuführende Umlage um 1,4 Mio. €

Auf zwei Detailpunkte möchte ich näher eingehen:

Der Soziallastenansatz beschreibt die Zuweisungen einer Stadt, die sich aus der Zahl der Bedarfsgemeinschaften ergibt. Hier verändert das Land den Faktor von 3.9 auf 9,6 in 2012 und auf 15.3 im Jahr 2013. Allein diese Umstellung machte für Telgte in 2012 die Summe von minus 1.140 Mio € aus.

Der Flächenansatz, gedacht als Kompensation für Kosten die sich aus der Weitläufigkeit eines Gemeindegebietes ergeben, summiert sich dagegen nur auf 118.000 €. Ein schwacher Trost

Die beabsichtigte Abundanzabgabe wird darüber hinaus in 2014 die Stadt Telgte voraussichtlich mit weiteren 435.000 € belasten.

Die Landesregierung von NRW dokumentiert hier die bedingungslose Bevorzugung der großen Städte, insbesondere im Ruhrgebiet zu Lasten der ländlichen Kommunen.

Ein Einwohner der Stadt Köln beispielsweise ist der Landesregierung 1,54 mal soviel wert wie ein Einwohner der Stadt Telgte. Diese Ungleichbehandlung kostet uns Millionen.

Das darüber hinaus die Netto-Neuverschuldung des Landes NRW für 2013 jeden Telgter und jede Telgterin mit weiteren 200 € pro Kopf, mithin 3,8 Mio. € für die ganze Stadt belastet, sei nur am Rande erwähnt.

Selbstverständlich ist uns klar, dass Veränderungen in diesen Bereichen nicht im Rat der Stadt Telgte gestaltet werden können.

Gesetze sind zu beachten, Festsetzungen zu respektieren und Jammern hat noch nie geholfen

Das vor diesem Hintergrund die NRW-Grünen die „Eroberung“ ländlicher Räume angehen wollen, wie es von einer Tagung aus Januar in Bad Sassendorf zu hören war, mag erstaunen.

Und unserer Stadt kommt hier als einer von zwei NRW-Kommunen mit einem grünen

Bürgermeister und einer starken grünen Fraktion im Stadtrat offensichtlich eine zweifelhafte Vorbildfunktion zu. Der fulminante Auftritt unseres Bürgermeisters auf dieser Tagung belegt dies mehr als deutlich.

Der Glaube an Marketing und Propaganda scheint sich hier elegant über Tatsachen und Fakten hinweg zu setzen: Rot-Grün in Düsseldorf demontiert mit dieser Finanzpolitik den ländlichen Raum.

Aber liebe Kollegen von der Grünen Seite, freut euch nicht zu früh.

Wir werden dafür Sorge tragen, dass den Bürgern hier in der Stadt kein x für ein u vorgemacht wird.

.

Wenden wir uns daher den konkreten Telgter Themen zu, deren Gewichtung und Verwirklichung durch den Haushaltsplan beschrieben werden:

Die Beibehaltung der Grund- und Gewerbesteuersätze ist richtig und wird von uns begrüßt.

So zeigte sich durch die beschlossene Abwanderung eines führenden Telgter Betriebes im Herbst 2012 sehr deutlich, dass die Grenze der Belastbarkeit nicht nur erreicht, sondern offensichtlich überschritten ist.

Die Möglichkeiten der kommunalen Steuereinnahmen sind ausgeschöpft. Gut dass der Bürgermeister dies respektiert.

Ebenfalls positiv zu bewerten ist die Stabilität der Personalausgaben, neben der Kreisumlage der zweitgrößte Etatposten des Haushaltes. Doch auch hier sind selbstverständlich im laufenden Verwaltungsgeschäft Rationalisierungseffekte zu heben, Produktivitätssteigerungen zu ermöglichen und Kostensenkungen durch Kooperationen zu verwirklichen. Denkverbote sind nicht akzeptabel. Unser Antrag aus dem FA auf Prüfung der Zusammenarbeit mit der Servicestelle Personal des Kreises WAF unterstreicht das.

Einen deutlichen Minuspunkt stellen allerdings die exorbitant hohen Beratungskosten da.

Der Umfang dieser Kosten stellt in gewisser Weise einen Schattenstellenplan dar.

Das Unbehagen gegenüber vielen Ausgaben, hier insbesondere im Planungsbereich stellt sich in Form einer Reihe von Sperrvermerken dar, die im Finanzausschuss beschlossen wurden.

Deren Bedingungen zur ihrer Aufhebung werden wir sehr kritisch verfolgen.

Der Einkauf externer Beratungs- und Planungsleistung kann die Entscheidungsfindung in Rat und Ausschüssen nicht ersetzen. Hier müssen sich alle Mitglieder des Rates ihrer Verantwortung bewusst sein.

Einige Sätze zur Neuordnung des Einzelhandels im Orkotten und seiner Wechselwirkung zum Handel und Wandel in der Altstadt:

Hier geht es mühsam voran. Hohe Beträge sind für Moderationsprozesse und Bauleitplanung veranschlagt. Die im Finanzausschuss beschlossenen Sperrvermerke werden sicher weitere Fehlplanungen verhindern. Ernüchert muss allerdings die Politik feststellen, das die Willensbildung des Rates zur Einzelhandelsentwicklung durch die Entscheidung des BM aus Dezember 2011, einer Errichtung eines Discounters im Bereich des Bruensgeländes zuzustimmen, ad absurdum geführt worden ist.

Transparenz, vom BM zu seiner Zeit als Fraktionschef der Grünen stets lautstark eingefordert, ist hier nur in Ansätzen zu erkennen.

Bestehende Geschäfte im Orkotten genießen Bestandschutz. Die Ermittlung dieses Bestandes durch die Verwaltung rief starken Protest der Betroffenen hervor. Die nachfolgend von uns eingeforderte Verifizierung dieser Zahlen durch die Kreisverwaltung zeigte deutliche Abweichungen. Eine Differenz in den Zahlen von über 500 m² VK-Fläche zu Gunsten der bestehenden Geschäfte war das Ergebnis.

Verlässliche und vertrauensbildende Verwaltungsarbeit jedenfalls war das nicht.

Die sieht anders aus.

Zum Schulbereich.

Die Gründung der Sekundarschule ist für Telgte ein Meilenstein auf dem Weg der Sicherung eines umfassenden und zukunftssicheren Bildungsangebotes für alle Telgter Kinder hier vor Ort.

Die Politik hat in bemerkenswerter Geschlossenheit die vorbereitenden Entscheidungen getroffen und der Verwaltung ist es gelungen, bei den Eltern die notwendige Überzeugungsarbeit zu leisten. Dafür gebühren dem BM und den Mitarbeiterinnen des Schulamts Dank und Anerkennung. Und dieser Dank gilt auch den Eltern, die durch die Anmeldung ihrer Kinder den letzten und wichtigsten Schritt hin zur Sekundarschule getan haben.

Aber wo Licht ist, ist bekanntlich auch Schatten. Das Schulzentrum muss sich baulich entwickeln und modernisieren.

Aufgabe des Schulträgers ist es, die Voraussetzungen baulicher Art für guten Unterricht bestmöglich zu schaffen. Klassenräume mit Differenzierungsmöglichkeit, Fachräume mit guter und vollständiger Ausstattung und Nebenräume in angemessener Größe und Güte müssen ein positives Lernklima ermöglichen. Dies schließt auch den wichtigen und sicher auch kostenträchtigen Bereich der Barrierefreiheit in all ihren Facetten mit ein. Dies ist eine der Basisvoraussetzungen, wenn Inklusion gelingen soll.

Wenn es allerdings darum geht, der Schule ein „neues Gesicht“ zu geben und für dieses Ziel ein großflächiger Abriss von völlig intakten Bestandsgebäuden erfolgen soll, erscheinen Maß und Verhältnismäßigkeit nicht mehr gegeben zu sein. Dieser Ansatz verbessert nicht die Qualität der pädagogischen Arbeit, er ist nicht finanzierbar, er ist nicht nachhaltig und er ist nicht sinnvoll. Er bezieht auch nicht den gesamten kommunalen Raumbedarf in die Überlegungen mit ein, beispielsweise die VHS oder die Musikschule.

Die Diskussion um die Entwicklung der Grundschulen, insbesondere trifft dies die Westbeveraner, hat sich nach einigen Irrungen und Wirrungen versachlicht. Das Ziel ,die Beschulung aller Westbeverner Kinder in Westbevern, ist gut und richtig. Die Zusammenführung an einem Standort ist richtig. Die notwendigen baulichen Maßnahmen für die Zusammenführung an diesem Standort haben sich am langfristigen Bedarf zu orientieren. Kurzfristige Schwankungen dürfen auch mit gewissen Provisorien aufgefangen werden. Das ist zumutbar.

Eine frühzeitige Unterwerfung der Grundschulentwicklung unter des neue Instrument der KKRZ erscheint zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll. Vorseilender Gehorsam gegenüber unausgegorenen Vorstellungen aus Düsseldorf führen zu nichts. Wenn dieses Steuerungsinstrument für Telgte relevant wird, wird noch viel Wasser durch die Ems geflossen sein.

Bei der Don-Bosco-Schule begrüßen wir die Aufwendungen für die Verbesserung der Betreuungsräume. Aber wir sollten aus den Kindern dort keine Kellerkinder machen.

Und über die Pelletheizung an der Marienschule wollen wir jetzt besser nicht sprechen, nur so viel: wir werden bei diesem Projekt dem gesunden Menschenverstand zum Durchbruch verhelfen.

Der SV Ems ist mit breiter politischer Mehrheit im FA in die Lage versetzt worden, sein Sportlerheim zu sanieren. Das ist sinnvoll und gut so. Und es ist auch fair im Vergleich zu den Maßnahmen, die in den vergangen Jahren für die SG Telgte durchgeführt worden sind.

Der Sanierungsbedarf ist groß und darum konnte und durfte dem Vorschlag der Verwaltung, hier nur zwei mal 20.000 € bereitzustellen, nicht gefolgt werden.

Die CDU-Fraktion trägt die Entwicklung der freiwilligen Feuerwehr Telgte im baulichen Bereich und auch im Bereich der technischen Ausstattung incl. Fahrzeugpark in vollem Umfang mit, auch wenn dieser Bereich wie oben erwähnt die Verschuldung unserer Stadt massiv nach oben treibt. Diese Daseinsvorsorge gehört zu den Kernaufgaben der Kommune. Die zügige Realisierung des Südstandortes hat für uns nach wie vor oberste Priorität. Die Unterstützung des Lärmschutzes auf der westlichen Seite der Alversk. Str. dient diesem Ziel. Auch der Entwicklung des Satellitenstandortes im Norden versperren wir uns nicht. Die vom Rat beschlossene Kostenobergrenze von einer Mio aber ist hier gesetzt und Überschreitungen werden wir nicht dulden. Sollte es auf Grund der bekannten Probleme am Standort Ostbeverner Str. zu Kostenerhöhungen kommen, stünde die CDU hier einer erneuten Standortdiskussion nicht im Weg.

Noch einige Sätze zu unseren Wirtschaftswegen. Unser Ansatz zur Aufstockung der Mittel im FA ist überholt worden von der Information, dass aus Übertragungen des Vorjahres noch 96 t € zur Verfügung stehen. Der Bedarf, diese Mittel einzusetzen wäre auch in 2012 gegeben gewesen und wir erwarten mit Nachdruck, dass die nunmehr zur Verfügung stehenden Beträge von 160. t € in Summe auch in diesem Jahr verbaut werden. Wir werden im Spätherbst hierüber Rechenschaft verlangen.

Die CDU wird darüber hinaus die Diskussion über eine neue Satzung zum Ausbau im Außenbereich konstruktiv begleiten. Die Gründung eines Wegeverbandes analog zum Wasser- und Bodenverband erscheint hier sinnvoll zu sein. Hinweise hierzu haben wir bereits in der Sitzung des FA gegeben.

Zu guter letzt noch einige Sätze zum Kornbrennereimuseum.

Bei Licht betrachtet und gleichzeitig realistischer Einschätzung hat dieses Haus in allen Jahren nicht ansatzweise die Erwartungen erfüllt, die den Ankauf und die Gründung begleitet haben.

Es ist immer ein Stiefkind in der kulturellen Szene der Stadt geblieben.

Dauerhafte positive Impulse? Fehlanzeige. Das einzige was richtig gut lief, waren die Kosten.

Und wir sind überzeugt: der Betrieb dieses Museums gehört nicht zu den kommunalen

Kernaufgaben der Stadt Telgte.

Daher erscheint es für uns folgerichtig, hier den Reset-Schalter zu drücken und etwas ganz

Neues zu wagen: Die Belebung und Attraktivierung dieses Teile der Telgter Altstadt durch

private Initiative, losgelöst vom kommunalen Tropf und seinen schwerfälligen

Entscheidungen.

Wir sind uns der Schwierigkeiten in der Umsetzung durchaus bewusst. Auflagen des

Denkmalschutzes, Rückzahlung von Fördermitteln, wenn auch in geringer Höhe, Lage und

Zuschnitt des Gebäudes selbst sind Herausforderungen für zukünftige Nutzungen.

Wir wollen hier die Tür für Ideen und Initiativen öffnen. Das Potential dieses Hauses und

dieser Lage können wesentlich besser genutzt werden. Da geht unserer Überzeugung nach

noch viel mehr.

Zum Schluss meiner Ausführungen einige Worte des Dankes:

Danke an Claudia Kunze für die Unterstützung bei unseren Haushaltsplanberatungen und

dass sie so kurzfristig eingesprungen ist.

Danke auch an alle anderen Mitarbeiter in der Verwaltung und an den Bürgermeister für die

offene Informationspolitik aus dem Rathaus heraus. Das ist keine Selbstverständlichkeit und

verdient Anerkennung..

Und Danke an die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen. In der Sache waren wir

oft konträrer Meinung und haben uns gestritten. Aber wir haben es geschafft, die sachliche

Ebene von der persönlichen Ebene zu trennen und immer respektvoll und fair miteinander

umzugehen.

Ich darf den Wunsch aussprechen, dass dies auch in Zukunft so bleiben möge.

Die CDU stimmt dem Haushalt für das Jahr 2013 zu.

Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit.